

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Max Glöckner Verlag, Dresden.  
Fernsprecher-Gesamtnummer: 25 241  
Nur für Nachdruck: 20 011.

**Lebeck's** *Dreixing-*  
Kakao, Schokolade,  
Konfitüren, Zuckerwaren.  
Firma gegr. 1898. • 15 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 35/40.  
Verlag von Meyers & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei 14gl. zweimal. Intragung od. durch die | Anzeigen-Preise. Die 14gl. 32 mm breite Zeile 7. A. außerh. Sachsen 8. A. Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, 14gl. Au- u. Post bei 14gl. zweimal. Berlin monatl. 30. A., vierteljährl. 90. A., u. Verträge die Zeile 5. A. Bezugsgebühren u. Tarif. Hausz. Anträge ges. Vorausbez. — Einzelnummer 1,50, Sonntagsausgabe 2. A. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Anzeigen-Preise werden nicht aufbewahrt.

**Max Glöckner Nachf.**  
Moritzstraße 18.  
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,  
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

**BANKHAUS  
HERMANN SCHULZ,**  
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:  
14028, 14034, 14038 12 Schreiberstraße 12 Fernverkehr 29064  
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

**Belvedere** Hotel u. Kaffee **Blesch**  
Brühlsche Terrasse 4-7 Uhr und 8-12 Uhr  
Konzerte  
Kleinkunstabühne 4 Uhr Täglich 8 Uhr  
Weinrestaurant — Bar  
Friedrichs-Orchester-Konzerte  
Frühstückstube

## Günstiges Ergebnis des Volksbegehrens. Sozialdemokratischer Theaterdonner.

**Die notwendige Stimmenzahl übertroffen!**  
115 748 Eintragungen in Dresden.  
Nach einer vorläufigen Zusammenstellung des sächsischen Wahl- und Stimmnamens sind im Stadtgebiet Dresden für das Volksbegehren 115 748 Stimmen abgegeben worden. Dresden hat also von den 204 798 erforderlichen Stimmen allein beinahe 40 Prozent aufgebracht. Bei der Stadtverordnetenwahl im vorigen Jahre — die letzte Landtagswahl läßt sich wegen der inzwischen erfolgten Einwohnerleistungen nicht zum Vergleich heranziehen — wurden in Dresden 138 672 bürgerliche Stimmen abgegeben. Am jetzigen Volksbegehren haben sich also 83 Prozent der damaligen bürgerlichen Wähler Dresdens oder 28 Prozent der gesamten Wahlberechtigten in Dresden beteiligt.  
Nach den aus dem Lande bis gestern, Montag, abend vorliegenden Zählungsberichten haben sich in die Listen zum Volksbegehren eingetragen in:  
P Lauen l. B. von 63 000 Stimmberechtigten 20 903;  
Bitter von 29 500 Stimmberechtigten 6710;  
Riesa von 9104 Stimmberechtigten 2712;  
Chemnitz (Stadt) von 190 000 Stimmberechtigten 55 198;  
Amtshauptmannschaft Chemnitz 12 662;  
Leipzig von 414 000 Stimmberechtigten 113 715.

Letten als „bürgerlich“ bezeichnete Element. Das scheint denn auch für ein vorzügliches Urteil ein ebenso günstiges Anzeichen des Meinungs-Umschwungs in Sachsen zu sein, wie das zahlenmäßige Ergebnis des Volksbegehrens selbst. Gewiß haben wir allen Anlaß, uns über diesen Erfolg zu freuen. Mehr Anlaß aber haben wir noch, ihn mit vollen Kräften wahrzunehmen und auszubauen. Das liegt vor allem in der Natur des ganzen komplizierten Prozesses der Willensäußerung des Volkes begründet, deren erster Schritt allein mit dem Volksbegehren geleistet worden ist. Kommt es, wie man zunächst annehmen muß, zum Volksentscheid, dann ist es unumgänglich notwendig, daß die Beteiligung aller an einer Änderung der Verhältnisse interessierten Kreise eine noch wesentlich härtere wird. Bis auf den letzten Wähler muß das sächsische Bürgertum bei dieser Gelegenheit auf den Damm gebracht werden. Das ist gewiß keine leichte Aufgabe, deren Schwierigkeit jeder richtig einschätzen wird, der schon beim Volksbegehren die Wahrnehmung machte, daß die sozialistischen Einschüchterungsversuche beispielsweise kleinen Beamten gegenüber nicht ohne Wirkung blieben, und daß mancher, dessen Ueberzeugung gut bürgerlich ist, sich durch verfechtete Drohungen davon abbringen ließ, sich in die Listen einzutragen. Dem muß unbedingt vorgebeugt werden. Dem sozialistischen Offensiven und geheimen Terror muß der feste Wille entgegengeführt werden, mit dem bisherigen Regime zu brechen. Das müssen sich besonders auch diejenigen einprägen, die aus vermeintlich größerer Erkenntnis der politischen Vorgänge und Zusammenhänge heraus meinen, das Regiment Bipinski wirtschaftliche sich von allein ab, ohne daß die persönliche Willensmeinung des einzelnen vorzögen wäre. Gewiß, der Justizrat und der Polizeirat sind von der Mehrheit des Landtages abgesetzt worden, und es ist möglich, daß die höhere Weisung der Kommunisten von der Berliner Zentrale auf Ablehnung des Gesamtteils lauten wird, so daß die Regierung dann wackelnd oder nichtwackelnd zum Rückgang gezwungen müßte; aber das alles sind Vorgänge und Möglichkeiten, von denen sich niemand in Sicherheit wiegen lassen darf, und die auf keinen Fall die Aktivität auch nur eines Staatsbürgers entbehren lassen dürfen. Darum kann die Parole des Bürgertums in Sachsen auch in Zukunft nicht anders lauten als: Alle Mann an Bord! Es gilt zu zeigen, daß wirklich die Volksmehrheit zur Besonnenheit, zur Besinnung umgekehrt ist! Es gilt schon in den nächsten Wochen, nach dem erfolgreichen Volksbegehren die Grundlage für einen erfolgreichen Volksentscheid zu schaffen!

Es kiffelt im Reichstage wegen der Getreideumlage oder richtiger gesagt: die Sozialdemokratie donnert hinter den Kulissen, um dem verehrlichen Publikum gaulich zu machen und den Anschein zu erwecken, als sei die politische Atmosphäre über und über mit Bündstoff geladen und müßte jeden Augenblick zur Explosion kommen. Den Anlaß zu diesem neuesten Krisenrummel hat die Gesetzesvorlage über die Getreideumlage gegeben, die am Freitag in zweiter Lesung mit unmitttelbar anschließender dritter Beratung werden soll. Der „Vorwärts“ hat sich in große Pose geworfen und erklärt, daß die Sozialdemokratie im Falle der Ablehnung der Getreideumlage aus dem Kabinett ausscheiden und in eine „entschiedene Opposition“ übergehen würde, da sie eine exorbitante Erhöhung des Brotpreises nicht auf sich nehmen könne. Auch verzeichnet das Blatt ein Gerücht, wonach der Reichskanzler in der Besprechung mit den Parteiführern mit dem Rücktritt der Regierung und Neuwahl gedroht habe. So etwas zieht schon längst nicht mehr. Dazu kennt man die Weise und den Text zu genau. Die Wirtshaus starken Worte stehen nicht mehr hoch im Kurse, aber ebensowenig darf auch auf das Brimborium seiner sozialdemokratischen Selbgarde besonderes Gewicht gelegt werden, wenn diese Männer sich reden und die Hände ballen, daß der Witz des Witzes wie bei Athleten, als wenn sie wer weiß was für eine Kraftleistung produzieren wollten. Die Sozialdemokratie verfolgt mit ihrer jetzigen Schreckenspolitik einen doppelten taktischen Zweck, der so durchsichtig ist, daß man nicht erst eine Brille aufsetzen braucht, um dahinter zu kommen: sie will einmal die Mitglieder der demokratischen und der Zentrumspartei, die in der Frage der Getreideumlage der Rücksicht auf ihre ländliche Wählerschaft die Gefolgschaft verweigern, bei der Stange zu halten suchen, und außerdem die Gelegenheit benutzen, um sich nach Möglichkeit von den Folgen ihrer bisherigen Erfüllungs- und Steuerpolitik zu entlasten, deren mit jedem Tage klarer sich herausstellende Wirkung auf die Wählerschaft ihr den Anglistenweh aus den Poren zu treiben beginnt. Aus einer Wendung, die dem „Vorwärts“ bei der Erörterung der Krise entlockt ist, läßt sich deutlich erkennen, worauf der ganze Kulissenzauber hinaus will. „Es zeigt sich“, schreibt das Zentralorgan der mehrheitssozialistischen Partei, „daß man bei den Reichsparteien die Situation zu begreifen beginnt. Ihre Demagogie hat sich bisher von der Unzufriedenheit des sächsischen Mittelstandes über die hohen Lebensmittelpreise genährt. Wie, wenn die blinden Nachläufer mit einem Male erkennen würden, wo er der Schein hinter dem Busche ist, der den Lebensmittelmacher schützt und fördert?“ Das ist eine klassische Leistung der sozialdemokratischen Verdrehungskunst. Also wenn die Reichsparteien sich pflichtmäßig in Wahrung der Volksinteressen gegen den Lebensmittelmacher wenden, so ist das „Demagogie“. Wenn aber die Sozialdemokratie aus taktischen Gründen die Getreideumlage ausbeutet, um gegen die Reichsparteien zu hegen und das Odium der Teuerung infolge der Erfüllungspolitik, mit dem diese Partei voll belastet ist, nach rechts hin abzuwälzen — ja, Bauer, dann ist das ganz was anderes! Die sozialdemokratische Presse stellt es so dar, als wenn die bürgerlichen Parteien, die Gegner der Getreideumlage sind, die Interessen der notleidenden Verbraucherschicht mit Füßen träten und der Landwirtschaft auf Kosten der Verbraucher ein Geschenk, eine „Liebesgabe“ machen wollten. Nichts kann falscher sein, als das. Auch die grundsätzlichen Gegner der Getreideumlage stehen durchaus auf dem Standpunkt — etwas anderes ist nach ihrer ganzen volkswirtschaftlichen Tendenz überhaupt nicht denkbar —, daß die minderbemittelten Schichten gegen eine übermäßige Verteuerung des Brotes geschützt werden müssen, und sie sind zu dem Zwecke bereit, an einer Lösung der Frage in dem Sinne mitzuwirken, daß die Kreise, die pecuniär dazu befähigt sind, eine höhere Last zugunsten der weniger tragfähigen Verbraucher auf sich nehmen, um diesen eine entsprechende Verminderung des Brotpreises zugute kommen zu lassen. Sie wollen daher dem Reichskanzler die geschliche Ermächtigung gewähren, den Kreis der zum Empfang von Markentrotz Berechtigten nach seinem Ermessen jeweils einzuschränken. In Oesterreich besteht eine ähnliche Einrichtung schon seit längerer Zeit, und es entspricht auch durchaus der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit, daß Leute, „die es können“, nicht mit einer Wohlthat bedacht werden, auf die nur die „Entertiten“, die unter der Geldentwertung hart und unmitttelbar Leidenden, einen moralischen Anspruch geltend machen können. Voraussetzung der richtigen Wirksamkeit einer derartigen Maßregel ist allerdings, daß die hohen Einkommen, die von der Bergünstigung des Markentrotzpreises ausgenommen werden sollen, auch wirklich so hoch angelegt werden, daß sie unter voller Berücksichtigung der Geldentwertung noch als besonders tragfähig angesehen werden können. Zieht man die Grenzen zu niedrig, so schafft man lediglich nur neue Ursache zur Verbitterung bei

## Das Resultat der Londoner Reise Poincarés.

**Neue Untersuchungen der Reparations-Kommission.**  
London, 19. Juni. Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranlassen werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré werde wahrscheinlich Ende Juli nochmals nach England reisen, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit sind Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen.

leinerzeit vorliegen und es könnten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Der Sonderberichterstatter, dessen Bericht kurzzeitig in Paris noch nicht vollkommen vorliegt, fügt hinzu: Nach dem heutigen Meinungsstande scheint es nicht, daß ernsthafte Mißverständnisse befürchtet werden könnten, wenn die Diskussion dieser Frage endlich sachlich wieder aufgenommen wird. (W. T. B.)

Frankreichs offizielle Teilnahmeerklärung für den Haag.  
Haag, 19. Juni. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der vorbereitenden Kommission erklärte der französische Delegierte Benoist namens der französischen Regierung, Frankreich werde sich bei der am 26. Juni beginnenden Tagung vertreten lassen. Seine Regierung wünsche aber, daran zu erinnern, daß es sich nur um eine Zusammenkunft von Sachverständigen ad referendum handele und daß jede politische Frage von den Beratungen ausgeschlossen sei, ferner, daß seine Regierung sich die Freiheit vorbehalte, ihre Sachverständigen jederzeit zurückzuziehen, namentlich wenn das Auftreten der Sowjets dazu Veranlassung gäbe. Der Franzose Alphand unterstüzte diese Erklärung und sagte, die Beschlüsse der Allgemeinen Kommission könnten weder frühere noch zukünftige Entscheidungen der Regierung beeinträchtigen. Der belgische Delegierte Gattier war mit dieser Erklärung einverstanden.

## Die Uebergabe von Kattowitz an Polen.

Weschen, 19. Juni. Kattowitz ist nunmehr in polnische Besitz übergegangen. Es gibt keine deutschen Hoheitszeichen mehr auf den öffentlichen Gebäuden. Gestern abend 6 Uhr sind Post und Eisenbahn den polnischen Behörden übergeben worden, nachdem 24 Stunden vorher die polnische Polizei mit starken Kräften den Sicherheitsdienst übernommen hatte. Die Polizei ist nach englischem Muster ausgebildet und uniformiert. In der Postverwaltung sind einige Schwierigkeiten entstanden, da in letzter Stunde noch eine Anzahl Beamten sich, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, zum Weitergehen entschlossen hatte. Heute morgen ist in feierlicher Weise unter dem Spiel der Nationalhymne die bisher bei der interalliierten Dreikommission ruhende öffentliche Gewalt auf die neue polnische Zivilbehörde übergegangen. Die Fahnen der drei interalliierten Staaten wurden eingehoben und die polnische Fahne gehißt. Es ist bis jetzt nirgends zu irgendwelchen Anzeichen gekommen. Allerdings steht die eigenliche Feier erst für den morgen künftigen Einmarsch der polnischen Truppen bevor.

## Die Uebergabe von Kattowitz an Polen.

Weschen, 19. Juni. Kattowitz ist nunmehr in polnische Besitz übergegangen. Es gibt keine deutschen Hoheitszeichen mehr auf den öffentlichen Gebäuden. Gestern abend 6 Uhr sind Post und Eisenbahn den polnischen Behörden übergeben worden, nachdem 24 Stunden vorher die polnische Polizei mit starken Kräften den Sicherheitsdienst übernommen hatte. Die Polizei ist nach englischem Muster ausgebildet und uniformiert. In der Postverwaltung sind einige Schwierigkeiten entstanden, da in letzter Stunde noch eine Anzahl Beamten sich, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, zum Weitergehen entschlossen hatte. Heute morgen ist in feierlicher Weise unter dem Spiel der Nationalhymne die bisher bei der interalliierten Dreikommission ruhende öffentliche Gewalt auf die neue polnische Zivilbehörde übergegangen. Die Fahnen der drei interalliierten Staaten wurden eingehoben und die polnische Fahne gehißt. Es ist bis jetzt nirgends zu irgendwelchen Anzeichen gekommen. Allerdings steht die eigenliche Feier erst für den morgen künftigen Einmarsch der polnischen Truppen bevor.

## Die Uebergabe von Kattowitz an Polen.

Weschen, 19. Juni. Kattowitz ist nunmehr in polnische Besitz übergegangen. Es gibt keine deutschen Hoheitszeichen mehr auf den öffentlichen Gebäuden. Gestern abend 6 Uhr sind Post und Eisenbahn den polnischen Behörden übergeben worden, nachdem 24 Stunden vorher die polnische Polizei mit starken Kräften den Sicherheitsdienst übernommen hatte. Die Polizei ist nach englischem Muster ausgebildet und uniformiert. In der Postverwaltung sind einige Schwierigkeiten entstanden, da in letzter Stunde noch eine Anzahl Beamten sich, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, zum Weitergehen entschlossen hatte. Heute morgen ist in feierlicher Weise unter dem Spiel der Nationalhymne die bisher bei der interalliierten Dreikommission ruhende öffentliche Gewalt auf die neue polnische Zivilbehörde übergegangen. Die Fahnen der drei interalliierten Staaten wurden eingehoben und die polnische Fahne gehißt. Es ist bis jetzt nirgends zu irgendwelchen Anzeichen gekommen. Allerdings steht die eigenliche Feier erst für den morgen künftigen Einmarsch der polnischen Truppen bevor.

# Die Getreideumlage im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Juni. Der Reichstag beschloß heute mit der ersten Lesung des Gesetzes über die

**Erhebung einer Getreideumlage im Erntejahre 1922.** Es soll, wie im Jahre 1921, eine Getreideumlage in Höhe von 25 Millionen Tonnen erhoben werden.

Abg. Krähig (Soz.) nannte den Widerstand der Landwirtschaft gegen die Getreideumlage einen „offiziellen Stand“. Der Profit hunger der Großgrundbesitzer sei auf höchste gestiegen. An den hohen Getreidepreisen sei aber auch der „sogenannte ehrbare Handel“ ganz erheblich beteiligt. Seine Freunde verlangten die Regelung der Getreideumlage in vollem Umfange und forderten eine Getreideumlage in Höhe von 25 Millionen Tonnen. Wenn das Brot 50 Pf. koste, dann müßten Hunderttausende in Deutschland glatt verhungern. Dann komme der Hungerkrieg.

Abg. Dr. Noe (D.-R.) bedauerte die Bereingekommenheit der Sozialdemokraten gegen die Landwirtschaft. Es ist keine Rede davon, daß die Landwirtschaft die Weltmarktpreise fordern. Wenn die Weltmarktpreise tatsächlich eintreten würden, dann würde gerade die Landwirtschaft in die schwierigsten Verhältnisse kommen.

Der Krieg habe gezeigt, daß Zwangsmaßnahmen am wenigsten geeignet ist, die Produktion zu steigern. Wir müssen die Produktion steigern, ferner dafür sorgen, daß jedermann sein ausreichendes Brotquantum erhält, und vor allem müssen wir uns vom Auslande freimachen.

Die Erlassung bringt uns keine Besserung. Dies kann nur die Förderung der Produktion. Sobald der Zwang aufhört, hebt sich die Produktion. Demen, die das Brot nicht bezahlen können, wird nicht dadurch geholfen, daß man die Landwirtschaft ruiniert. Das Gesetz ist völlig abwegig. Es bringt kein verbilligtes Brot, sondern es verteuert es. Die Aussicht, daß die Umlage des laufenden Jahres die letzte sein sollte, hat die Produktion vereitelt gehoben. Der Willkür der Länder und Gemeinden wird durch die Vorlage Tür und Tor geöffnet. Die Sonderbelastung der Landwirtschaft ist eine versteuerte Steuer. Sie soll deshalb erhoben werden, weil die Entente der Regierung verbietet, die Preise zu unterstützen, die das Brot nicht bezahlen können. Auch mit Rücksicht auf den schlechten Saatensand läßt sich die Umlage in der geforderten Höhe nicht durchführen.

Die Preise, die die Landwirtschaft zahlen muß, sind viel höher gestiegen, als die Preise, die sie bekommt.

Schuld an der Verwertung ist die Entwertung der Mark in Folge des Krieges und der Erschließungspolitik.

(Sehr richtig! rechts.) Die landwirtschaftliche Arbeit, das landwirtschaftliche Produkt wird heute geringer bewertet als früher. Die Landwirtschaft hat Vorschläge zur Sicherung der Brotverforgung gemacht und wollte sich verpflichten, daran mitzuarbeiten. Die Regierung hat das leider abgelehnt. Hierdurch wird das Unglück des deutschen Volkes heraufbeschworen. Das Gesetz möge als Subsidiar-Gesetz eintreten, sobald die Zusicherungen der Landwirtschaft nicht gehalten werden. Das Verständnis für die Wünsche und den guten Willen der Landwirtschaft bringt in immer weitere Kreise. Seine Partei lehnt die Umlage ab. Wird sie angenommen, dann mögen ihre Verantwortlichen die Verantwortung für die Folgen übernehmen.

Abg. Born-Ettin (Unabh.) nannte die Zwangsumlage eine Notmaßnahme. Er forderte eine Erhöhung der Umlage von 25 auf 45 Millionen Tonnen.

Darauf wurde ein Verlagsungsantrag des Abgeordneten Kopsch (Dem.) angenommen, da die meisten Fraktionen in Sitzungen ihre Stellung zur Umlage noch klären wollten. Dienstag 2 Uhr: Anfragen, Interpellation Dergt über die planmäßige Sicherung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung, Getreideumlage.

## Eine Mehrheit für die Getreideumlage?

Berlin, 10. Juni. Zur parlamentarischen Konstellation zur Getreideumlage berichtet die „Dena“, daß die Entscheidung über die Krise bei den Unabhängigen liegt. Es sei vielleicht möglich, daß diese von der vertieften Forderung einer Umlage von 4 1/2 Millionen Tonnen absehen und sich der Regierungsvorlage anschließen, da sie, wie die anderen Parteien, im Sommer kein Interesse an Neuwahlen haben. Wenn die Sozialdemokraten, Zentrum und Unabhängige einigermassen geschlossen für die Getreideumlage stimmen, so wäre die Regierungsmehrheit gesichert; da die demokratische Fraktion vollständig gespalten ist, so sei auf die sie keinerlei Verlaß. Morgen vormittag soll sich, falls die Zentrumsfraktion heute zu einem endgültigen Entschluß kommt, der interfraktionell Ausschuss noch mit der Lage beschäftigen.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Tagung des Reichstages sich noch bis in den Juli hineinziehen werde. Auf keinen Fall dürfte das Arbeitsprogramm bis zum 28. Juni erledigt werden. Die Ausschüsse würden mit der Zwangsumlage allein etwa vierzehn Tage zu tun haben, und auch die kritische Frage der Getreideumlage werde im Ausschuss nicht in wenigen Tagen erledigt werden können.

## Die Krise im Deutschen Beamtenbund.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Juni. Die am Sonntag in Leipzig vollzogene Gründung eines Beamtenbundes auf freigelegter Grundlage hat die erwartete Krise im Deutschen Beamtenbund zur Auslösung gebracht. Der Hauptvorstand des Deutschen Beamtenbundes wird am Mittwoch und Donnerstag in Berlin zusammenzutreten, um zu der neugeschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Man ist im Deutschen Beamtenbund der Ansicht, daß die Reichsgewerkschaft nunmehr selbst ihren Austritt erklären wird, um der Bundesleitung den sonst notwendig werdenden Ausschuss zu ersparen. Der Behauptung, daß zwölf andere Beamtenverbände sich der Gründung der freien Gewerkschaft angeschlossen haben, begegnet man im Deutschen Beamtenbund mit Skepsis. Besonders wird die Meinung geäußert, daß die Mehrzahl der Postbeamten sich dem Vorgehen der Eisenbahner anschließen und den Deutschen Beamtenbund verlassen werde. Man gibt zu, daß in Berlin, Leipzig oder Hamburg seit längerer Zeit in den Reihen der unteren Postbeamten Reigungen beständen, sich den freien Gewerkschaften zuzuwenden, doch dürfte es sich dabei nur um vereinzelte Fälle geringe Abspaltung handeln. Der Deutsche Beamtenbund will keine offizielle Tagung einberufen, um zu der gegenwärtigen Krise Stellung zu nehmen, doch dürften voraussichtlich in kurzer Zeit die Führer der einzelnen Unterorganisationen in Berlin zusammenzutreten, um zur Lage Stellung zu nehmen.

## Der Leipziger Gewerkschaftskongress.

(Einer Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)

Leipzig, 10. Juni. In der Nachmittags-Sitzung des Gewerkschaftskongresses wurde eine Reihe geschäftlicher Fragen erledigt. Die Geschäftsordnung steht in Punkt 9 vor, daß eine namentliche Abstimmung erfolgen soll, wenn ein dahingehender Antrag die Unterstützung von 50 Delegierten findet. Die Zahl wird nach ausgedehnter Aussprache gegen eine starke Opposition auf 100 erhöht. Sodann wurden Beschlüsse für die Kommissionen vorgenommen. Kommuniqué-Anträge auf Erhöhung der Zahl der Kommissionsmitglieder, um die „drei Strömungen“ gleichmäßig zu berücksichtigen, wurden mehrfach abgelehnt.

Der Kongress beriet sodann die zur Tagesordnung vorliegenden Anträge. Ein Antrag „Die Durchführung der 10 Forderungen des A. D. G. B. und der Afa als dritten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und dazu einen Referenten und einen Korreferenten zu bestellen“, den Leipzig-Gründer begrüßte, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag der Gemeinde- und Transportarbeiter, von Schumann-Halle begründet, „Die Leitlinie der Gewerkschaften in den gegenwärtigen Kämpfen und die Stellung zum Staat und zur Reparationsfrage“ als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ebenso fand der Antrag einer kommunikativen Verammlung, die am Sonntag im „Felsenkeller“ in Leipzig gelagt hatte, keine Mehrheit. Dieser Antrag wollte die Frage „Was müssen die Gewerkschaften tun, um den nationalökonomischen Treiber entgegenzutreten?“ behandelt wissen. Dagegen gelangte auf Antrag des Verbandes der Bauarbeiter das Thema „Die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen“ zur Besprechung. Weiter fand ein Antrag Annahme, der verlangte, daß zu dem Referat Tarnow-Berlin über „Organisationsfragen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung“ und Wiesel-Berlin über „Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte“ Korreferenten zugelassen werden, und zwar zu dem ersteren D. H. Mann-Struttart (Metallarbeiter-Vertreter) und zu dem letzteren Simon-Rürnberg (Schuhmacher).

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erstattete der 1. Vorsitzende, Theodor Veit, den Bericht des Bundesvorstandes. Er gedachte zunächst der Oberschiefer, die in diesen Tagen endgültig vom Reich losgerissen werden, und widmete ihnen im Namen des Gewerkschaftsbundes warme Abschiedsworte. Sodann kam der Redner auf die Vorwürfe zu sprechen, daß der A. D. G. B. beim letzten Eisenbahnerstreik mangelndes Gemeinschaftsgefühl bewiesen habe. Er wies diese Vorwürfe scharf zurück. Der Vorstand des A. D. G. B. stehe auf dem Standpunkt, daß ein Eisenbahnerstreik nur zulässig sei, wenn die letzten Mittel erschöpft seien. Er gab sodann dem entschlossenen Willen der Arbeiterschaft Ausdruck, den

Abschiedstag nicht zu opfern, auch nicht zur Erfüllung und Durchführung der Reparationen. Wenn die Reparationen ohne Beteiligung des Abschiedstages nicht durchgeführt werden könnten, so müßten eben die Reparationen in Einklang mit dem Abschiedstag gebracht werden. (Sehr richtig.) Einen breiten Raum nahmen die Ausführungen des Vorsitzenden über die bekannten zehn Punkte ein, die der Bundesvorstand zur Steuerfrage aufgestellt hat. Diese betreffen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues.
3. Neuordnung der Verkehrsbetriebe.
4. Eröffnung der Exportdevisen.
5. Einfuhrbeschränkungen.
6. Eröffnung der Absatzgewinne.
7. Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der Steuern.
9. Besteuerung der Devisengewinne.
10. Monopolkontrolle.

Der Redner erklärte den Vorwurf, der Bundesvorstand sei in der Durchführung dieser Forderungen zu lag gewesen, für unberechtigt. Man müsse bedenken, daß die zehn Forderungen ein Programm bedeuten, dessen Durchführung Zeit brauche. In seinen weiteren Ausführungen kam Veit auf das Verhalten der Gewerkschaften beim Rapp-Putsch zu sprechen und schloß mit der Aufforderung, der Gewerkschaftsbewegung noch Fernstehende zu gewinnen. Der Bericht fand starken Beifall. Die Aussprache über den Bericht findet Dienstag vormittag statt.

## Freiwillige oder Zwangsanleihe?

Von Dr. Reichert, M. d. R.

Bekanntlich enthält das sogenannte Steuerkompromiß enthaltende Gesetz über Änderungen im Finanzwesen vom 8. April d. J. die Bestimmung, daß eine Zwangsanleihe in Höhe von 1 Milliarde Goldmark flüssig gemacht werden soll. Zu dem nunmehr vorliegenden Regierungsentwurf wird in der Begründung seitens der Regierung behauptet, die Zwangsanleihe sei ein Mittelglied zwischen Anleihe und Steuer. Es ist richtig, daß die Zwangsanleihe wesentliche Unterschiede gegenüber den bisherigen Reichs- und Staatsanleihen aufweist. Der Unterschied liegt jedoch nicht darin, daß sie, wie die Regierungsentwurf behauptet, auch als eine Steuer aufzufassen ist, sondern als eine Konfiskation von Vermögenswerten. Die Zwangsanleihe ist somit dem Gedanken der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums verwandt, die eine Erlassung der sogenannten Gold- und Sachwerte verlangt hat. Es besteht nur der Unterschied, daß jene von marxistischem Geiste erfüllte Denkschrift sofort mit einer Entanlung von 20 bis 30 Prozent des Privatvermögens beginnen wollte, während im vorliegenden Regierungsentwurf es sich um eine 5 bis 10 prozentige Wegnahme des Vermögens handelt.

Auch der Zweck, dem die Zwangsanleihe dienen soll, ist derselbe, den die erwähnte Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums im Sinne hat, nämlich die Forderungen der Feinde auf weitere Tributleistungen zu erfüllen. Somit wird die Belastung des deutschen Privatvermögens mit der Erfüllung des Versailleser Vertrags und des Londoner Ultimatums verknüpft. Hier handelt es sich um eine grundsätzliche denkwürdige und höchst gefährliche Maßnahme, denn der Versailleser Vertrag gibt den Feinden keine Handhabe, über das Reichs- und Staatsvermögen hinaus die Hand auch noch auf das deutsche Privatvermögen zu legen. Umso unangenehmer ist es daher, daß die deutsche Regierung einen solchen Schritt unternimmt und selbst in den Schuldmüll für das deutsche Privatvermögen eine Bresche schlägt. Deutschland ist im Versailleser Vertrag u. a. das Diktat aufgelegt worden, mindestens ebenso hohe Steuern einzulegen, als es die Entente selbst tun. Diese Bedingung ist schon lange erfüllt, und wenn nunmehr die 15 vom Reichstag verabschiedeten Steuererlasse durchgeführt werden, so wird die bereits bestehende Vorausbelastung unseres Einkommens und unseres Besitzes noch schlimmer werden. Es ist daher bezeichnend, daß die deutschnationale Volkspartei von vornherein von dieser Zwangsanleihe abgerückt ist und diese Art Erfüllungspolitik mißbilligt, solange nicht durch eine Entlösung der qualvollen feindlichen Politik eine Grenze gesetzt wird. Dagegen hat es die erwähnte Partei nicht daran fehlen lassen, dem Reich diejenigen Mittel zu bewilligen, die es zur Ausbalanzierung seines inneren Staats benötigt. Daher werden sich die deutschnationalen gegen eine Anleihe an sich nicht stemmen, aber die Regierung vor die Frage stellen, ob sie aus den erwähnten schwerwiegenden außenpolitischen Gründen nicht eine freiwillige Anleihe einer Zwangskonfiskation vorziehen will.

Auch bei einer freiwilligen Anleihe kann das Ziel eines „weltlich sichtbaren Opfers“ des Volkes erreicht werden. Ich würde es darin erblicken, wenn eine solche freiwillige Anleihe als eine unergänzliche Anleihe ausgeschrieben wird. Die großen Erparnisse für das Reich lägen auf der Hand. Allerdings würden dann die noch aber Erparnisse verfügbaren Mittel für die Regierung mit Recht verlangen können, daß ihnen wenigstens die Sicherheit für die Erhaltung ihres bisungedehnten Vermögensbestandes gegeben wird. Eine solche Sicherheit wäre in der Auslegung einer Zwangsanleihe zu erblicken. Ich denke also an eine Anleihe, die in Gold gezeichnet, aber je nach dem Stand des Wertes der Gold- und Papiermark einzuzahlen wäre. Wenn beispielsweise zurzeit der Auslegung der Goldwert 70fach über dem Reichsmarkwert steht, so hätte der Zeichner für 1000 Goldmark dem Reich den Betrag von 70000 Papiermark zur Verfügung zu stellen. In das Risiko, daß in der Veränderung unseres Geldwertes liegt, teilen sich Reich und Zeichner. Sollte der Wert unserer Papiermark weiterhin fallen, so daß 80, 90 oder schließlich 100 Reichsmark einer alten Gold-

denen, die für Kerne zahlen müssen, obwohl sie Grund haben, sich diesen anzuschließen. Unklar ist bisher geblieben, ob es sich bei der für die hohen Einkommen geplanten Wehrbelastung bloß um die Entziehung des Markenprivilegs handeln soll, oder ob außerdem noch eine besondere Abgabe in Frage kommt, die zu einer weiteren Ermäßigung des Markenpreises zu verwenden wäre, wie sie in Oesterreich eingeführt ist, wo die hohen Einkommen eine genaueste Brotfrage für die Minderbemittelten zu zahlen haben.

Inzwischen scheint sich auch in den Kreisen des Zentrums und der Demokraten, die bisher noch für die Umlage eintreten, die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Umlage für später nicht mehr zu halten ist und daß hinter den diesmahligen Versuch das Schicksal entschieden sein muß. Für die Verbreitung dieser Anschauung ist bezeichnend, daß sogar das „Berl. Tagebl.“ ohne Umschweife der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die letzte Umlage die letzte sein werde. Denn selbst ein so wenig landwirtschaftsfeindliches Organ rückhaltlos angegeben muß, daß sich „nicht geringe Widerstände“ in den landwirtschaftlichen Kreisen der Demokratie und des Zentrums gegen die Umlage geltend machen, so will es wenig bezagen, daß der „Vorwärts“ diesen beiden Parteien mit dem Hinweis bange machen zu können glaubt, ihre Bündnisfähigkeit und ihre Werbekraft würden Einbuße erleiden, falls sie bei einer Entscheidung von so grundsätzlicher Tragweite auseinanderfielen. Sollte der „Vorwärts“ damit meinen, daß Demokratie und Zentrum durch das Eintreten eines großen Teils ihrer Mitglieder gegen die Getreideumlage ihre Bündnisfähigkeit und Werbekraft für sozialdemokratische Zwecke vermindern würde, so wäre das vom bürgerlichen Standpunkt aus nur mit größter Verachtung zu begrüßen, da dann beide Eigenschaften der genannten Parteien gegenüber den bürgerlichen Kreisen eine entsprechende Steigerung erfahren würden. Sind aber tatsächlich die Tage der Getreideumlage gezählt, so ist erst recht nicht einzusehen, warum sich der Reichstag justament bei diesem letzten zwangswirtschaftlichen Experiment noch in die unüberwindlichen Möglichkeiten einer innerpolitischen Krise stürzen sollte. Regierungsrücktritt und Reichstagsauflösung aus solchem Anlaß? Die bürgerliche Presse glaubt durchweg nicht daran und ist allgemein überzeugt, daß man sich schließlich auf der Grundlage eines Kompromisses zusammenfinden werde, in der Art, daß zur Schonung des Kleingrundbesitzes die Umlageerhebung vergrößert wird, und daß die Preisbildungsfrage eine Lösung erfährt, die den verbrauchenden Massen eine fühlbare Erleichterung bietet.

Selbst wenn aber, wie anzunehmen ist, die vermeintliche Krise sich in Wohlgefallen auflöst, so bleibt sie als Episode doch beachtlich, weil sie wieder einmal in der öffentlichen Meinung die Erinnerung wachruft, in was für abnormen parlamentarischen Verhältnissen wir im Reiche leben. Die drei Regierungsparteien bilden mit ihren 220 Stimmen insgesamt nur eine Minderheit, die sich fortgesetzt von den vom Tische der Reichsparteien rechts und links fallenden Vorschlägen nähren muß. Eine sichere und gleichwertige Regierungspolitik kann bei einer derartigen parlamentarischen Gruppierung natürlich nicht aufrechterhalten werden, sondern es wird immer bloß „fortgewirbelt“, von der Hand in den Mund gelebt. Man „frettet sich durch“ von einem Tage zum anderen, begnügt sich mit Augenblickserfolgen und sucht mit Händchenbewegungen nachzuhelfen, wenn die klapprige Maschine einmal ins Stocken zu geraten droht. Im Zusammenhang mit diesen verfahrenen Verhältnissen hat sich die Zwangsanleihe herausgebildet, wenigstens auf seiten gewisser Vorkämpfer, daß die Mehrheitssozialdemokratie gemeinsam der ruhende Pol in der Erscheinungsbild sei und daß sich eine Regierungskoalition im Reiche ohne Anteilnahme der Mehrheitssozialdemokratie überhaupt nicht denken lasse. Diesem durchaus verfehlten Gedanken wird auch jetzt wieder in einem Teil der demokratischen Presse Ausdruck verliehen, mit dem Hinweis, daß im Falle des Ausschließens der Sozialdemokratie aus der Koalition nur die Reichstagsauflösung übrig bleibt. Das ist eine Auffassung, der man von demokratisch-parlamentarischen Standpunkt aus schon entgegenzutreten muß. Würde die Sozialdemokratie sich freiwillig der Anteilnahme an der Regierungsmacht entäußern, so käme zunächst die Bildung eines bürgerlichen Blocks in Betracht und erst, wenn dieser scheiterte, die Auflösung des Reichstages. Es tut wirklich not, daß die bürgerlichen Parteien bei aller Bereitwilligkeit, mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammenzuarbeiten, auch einmal ihren Willen zur Selbstständigkeit bekunden und den Versuch wagen, als wollten sie der Sozialdemokratie nachlaufen und sie an den Blockhöfen festhalten, wenn sie sich selbst außerhalb des Reiches der gemeinsam am öffentlichen Wohle Schoßenden stellt. Die Meinung, daß es im Reiche eine Koalition ohne Sozialdemokratie überhaupt nicht geben könne, darf nicht zum Dogma werden, und deshalb ist es als ein sehr erfreulicher und verheißungsvoller Zug in der neuesten innerpolitischen Entwicklung zu bewerten, daß die deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei sich wieder enger zusammengeschlossen haben und mit vereinten Kräften ihre nationalen Ziele verfolgen. Die Vorgänge, die sich aus Anlaß der Zwangsanleihe und der Getreideumlage im demokratischen und Zentrumslager abspielen, geben weiterhin der Hoffnung Raum, daß auch für diese bürgerlichen Parteien schließlich einmal der Zeitpunkt kommen werde, wo sie das ewige Teufelsmehel mit der Sozialdemokratie auf Kosten der nationalen und bürgerlichen Interessen satt bekommen und eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie nur noch insoweit aufheben, als diese jeden Anspruch auf Vorrang preisgibt und sich in die Reihe der übrigen Parteien gleichmäßig einordnet. Der jetzt noch in Flor befindliche sozialdemokratische Größenwahn ist ein schweres Hemmnis für die Gesundung unserer innerpolitischen Zustände, und er kann nicht anders überwunden werden, als durch eine von Machtbewußtsein getragene bürgerliche Politik, die sich den Fanatismus und die „Katerideen“ der mit sozialdemokratischem Stempel versehenen Erfüllungspolitik nicht mehr gefallen läßt, sondern mit aller Energie dafür sorgt, daß endlich die so lange mißachteten Interessen der eigenen deutschen Volksgenossen der Nebenbener vor der Entente vorangestellt werden.

## Die Sachleistungsverträge im Außen-Ausschuss.

Berlin, 10. Juni. In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zur Ausführung des Friedensvertrages, über die wir bereits im wesentlichen berichteten, widersprach noch der Abgeordnete Reichert (D.-R.) der Auffassung, daß die Reparationsausfuhr das freie Exportgeschäft fördere. Im Gegenteil gingen zahllose freie Exportgeschäfte verloren, die uns aus dem Devisennot herausheben sollten. Redner fragte, was aus dem zweiten Wiesbadener Abkommen geworden sei. Die vorliegenden Abkommen brächten für die Jahre 1923 und 1924 die Gefahr einer noch härteren Tributbelastung. Der Hauptfehler der Ratenausschüsse Reparationspolitik sei die freiwillige Übernahme von Sachleistungen. Die drei verschiedenen Verfahren des Reparationswarenverkehrs sollten vereinheitlicht werden.

Staatssekretär Müller erklärte, daß die Wiesbadener Sachleistungsverträge noch bestehen. Frankreich werde wohl auch nicht so leicht darauf verzichten. Im Abkommen vom 7. Oktober sei ausdrücklich erklärt, daß die Beratungen hierüber fortgesetzt werden sollen. Zum Schluß beantwortete noch der Reichsminister des Inneren Dr. Rathenau in teilweise vertraulichen Ausführungen mehrere Anfragen. U. a. betonte er, daß die zur Diskussion stehenden Sachleistungsabkommen die deutschen Verpflichtungen nicht erweitern. Im Gegenteil, sie sehen den unbeschränkten Lieferungsgrößen des Londoner Ultimatums eine beschränkte Lieferungsgrößen gegenüber. Sie bedeuten also eine Begrenzung der Bürde des deutschen Volkes. In der Abstimmung wurden die Sachleistungsabkommen gegen die Stimmen der deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei vom Auswärtigen Ausschuss angenommen.



Stenographischen Landesamtes soll den Vereinen fernerhin vom Verband geliefert werden, um das Weiterbestehen des angesehenen wissenschaftlichen Blattes zu sichern.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Der folgende Sonntag begann mit Sonderfahrten der Damen, Kaufleute und Beamten. Daran schlossen sich die Preiswettstreifen in der Schnelligkeit bis zu 840 Silben in der Minute, an denen insgesamt 250 Personen teilnahmen.

Dresdner Elternratswahlen am 2. Juli.

Der Schulausschuss beschloß, als Wahltag für die diesjährigen Elternratswahlen für alle Volks- und Hilfsschulen Sonntag, den 2. Juli und die Wahlzeit auf die Zeit von 10 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm. festzusetzen.

Herrnhuter 200-Jahrfeier.

Während der erste Festtag von herrlichem Wetter begünstigt war, zogen am zweiten, dem Sonnabend, schwere Regenvölkchen am Himmel auf.

Der Sonntag begann mit einem Festgottesdienst, bei dem Uniondirektor Bourquin die Predike hielt. Der große Kirchenchor reichte nicht hin, die Menge zu fassen, und es mußte gleichzeitig ein Gottesdienst im Brüderhause abgehalten werden.

Regimentstag der 134. er.

Trotz wütender Agitation radikaler Kreise, die eine Störung des Festes durch Gegendemonstrationen geplant, und trotz der Ungunst des Wetters gingen in Plauen i. V. die Denkmale weihe und der erste Regimentstag des Infanterie-Regiments Nr. 134 bei außerordentlich harter Beteiligung von ehemaligen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften des Regiments aus allen Teilen Sachsens ungestört und in glänzendster Weise vor sich.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden durch freiwillige Spenden namhafter Beträge unterstützt. Jeder die sachlichen Ausführungsbestimmungen zu den sogenannten Kasseler Richtlinien, die eine feste Eingliederung der Verbände in den Deutschen Stenographenbund Gabelsberger bezwecken, soll in einer späteren Versammlung abgestimmt werden.

Neustädter Schauspielhaus. Gastspiel Hermine Körner. Heute Dienstag 7 1/2 Uhr Zum letzten Male! Strindberg: Königin Christine. Mittwoch, 21. Juni, 7 1/2 Uhr Zum ersten Male! Blumenthal und Kadelburg: Goldfische. Donnerstag und Freitag: Goldfische.





Berliner Kurse

vom 19. Juni 1922. (Ohne Gewähr.)

Table with multiple columns listing various stock and bond prices under categories like Deutsche Plätze u. Stadtanl., Transportwerte, Brauerei-Aktionen, etc.

Familiennachrichten

Die Verlobung ihrer Tochter JOHANNE mit Herrn Mühlenbesitzer MARTIN KÖRNER, Sohn des verstorbenen Mühlenbesizers Julius Körner...

Aerztliche Personalmeldungen

Frau Dr. Buché-Geis, Augenarzt Dr. Geis, Geroltestraße 3, jurid. Epr. 10-12, 1/3-4.

Stenotypistin für Fabrikkontor (chem. Industrie) in Dresden durchhaus tüchtige. Sten. 284

Reinigungsehe. Heirat. Serr Baumeister Feodor Ostwin Krauspe in seinem 40. Lebensjahre. Frau Elsa Krauspe nebst allen Hinterbliebenen.

Stellenmarkt. Gel. Chepar in milit. Uniform als

Hausmann f. Villengrundstück in Abtheilung. D. B. 472 an Rudolf Mosse, Dresden.

ersten Beamten mit besten Empfehlungen. Rittergut Birshfeld, Post u. Bahnstation Seiffenhors 1. G. Mendte.

Glurhug-Beamten. Jurist. Neben. landwirthl. Beamte können auf die Zeit bis 1. November 1922...

Wirtschafts-Gehilfe. Zum 1. d. 15. Juli auf 60 Wochen

Schweizer. Zum 1. d. 15. Juli auf 60 Wochen

Kinderfräulein. Zum 1. d. 15. Juli auf 60 Wochen

Jungen Mädchen für Hof- und Stallarbeit

Hausmädchen. a. ein. Gänge b. gut. Verb. u. Gehalt. Off. verb. u. P. V. 307 Gpr. b. Bl.

Sausmädchen. bei bestem Lohn für Küchenarbeit

Lehrling. aus guter Familie mit guter Schulbildung

Hausmädchen bei gutem Lohn u. Kost für Billenhaushalt nach auswärts.

Danzig und Polen. Vertretungen erster Firmen übernimmt Richard Wagner, Danzig, Seumarkt 8.

Stelle als Hauslehrer in Dresden ab. auf 6. 1887. Gul. (auch neupädagog. gebild. Theologiestudent)

Geldmarkt. Goldstücke 2. Hypoth. von 150 000 Mark oder weniger

Lebensstellung. sucht für 10. oder 12. Junger Mann, 30. mit gut. allgem. Bildg.

1000 M. Belohn. wer mir auf Rittberg, l. G. Stellung verleiht

Achtung! Auszuleihen Kapital auf 1. Hypotheken

Glasedecke. bestehend aus 20000 Stück Glasedecken

Werkdrucke. Bücher, Broschüren, in einfacher und feinsten Drucktechnik

Schwester Johanna von Lippe von der Finkernis zum ewigen Licht. Die Traurigen Familien B. von Lippe und Frau Martha geb. Otto.

Herzenswunsch! Welche gebildete, junge, vermög. Dame (Fabrikbesitzerin) aus guten bürgerlichen Kreisen...

Die glückliche Geburt eines strammen Stammhalters zeigen in dankbarer Freude an Gerhard Hädel und Frau Hildegard geb. Klesberg.

Dresdner Beerdigungs-Anstalten Pietät und Heimkehr Am See 28 Bautzener Str. 37

Erd- u. Feuerbestattungen Ueberführungen auch mittels Kraftwagens. Die Bestattungen betragen nach dem vom Rat festgesetzten Tarife bei bester Ausführung

Erste Fabrikate Alpaka-Silber, Bestecke liefert sehr preiswert. G. Eckardt, Seumarkt 14

Photo-Apparat. Ich verkaufe, gutem Gepr. 12x15, sehr schön, mit 12000 Aufn. Preis 100,- bis 120,-

Sterilisierere mit Heißluft ohne Wasserbad in Rieschels Patent-Grudeherd mit der patentierten Weilsiebfeuerung. Die Feuerung der Zukunft! Täglich Vorführungen im Geschäftsaal. Generalvertrieb Dresden-A., Schloß-Strasse 14. Inh.: Curt Kiltzsch.

SLUB Wir führen Wissen.

